



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. September 2022, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende

Hauke Göttisch (CDU)

Seyran Papo (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Uta Wentzel (CDU)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birte Pauls (SPD)

Marc Timmer (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Volker Nielsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung zum Ostseebericht 2022 und zu den Ergebnissen des Baltic Sea Region Future Forum (Kieler Erklärung)	4
	hierzu: Drucksache 19/3799, Umdrucke 20/170, 20/179)	
2.	Bericht der Landesregierung über die Kooperation mit Dänemark – aktuelle Entwicklungen, geplante gemeinsame Projekte und Initiativen und regelmäßige Gesprächsformate	5
	Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) Umdruck 20/142	
3.	Bericht des Minderheitenbeauftragten der Landesregierung über die Stellungnahme des Beratenden Ausschusses des Europarates der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten	6
	Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) Umdruck 20/143	
4.	Vorstellung der Arbeit der Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein (EBSH)	10
	Berichterstattung: Uwe Döring, Landesvorsitzender der EUSH, Martina Fey, Präsidentin der EBSH	
5.	Informationen zur Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)	13
6.	Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 18. – 20.09.2022 in Danzig	14
	Berichtsantrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) Umdruck 20/141	
7.	Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung zum Ostseebericht 2022 und zu den Ergebnissen des Baltic Sea Region Future Forum (Kieler Erklärung)

hierzu: [Drucksache 19/3799](#), [Umdrucke 20/170](#), [20/179](#))

Europaminister Schwarz berichtet über die Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der Ostseezusammenarbeit und sagt zu, seinen Sprechzettel zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 20/170](#)). Insbesondere geht der Minister auf die Veranstaltung „Baltic Sea Region Future Forum“ vom 25. und 26. August 2022 ein, die in der sogenannten Kieler Erklärung gemündet habe ([Umdruck 20/179](#)).

Abgeordneter Timmer fragt, da es bis 2030 nicht besonders lang hin sei, nach dem Zeitplan und dem Personal für die Umsetzung der Ziele. – Europaminister Schwarz hebt hervor, die erarbeiteten Ziele bildeten die Initialzündung, um die Transformation voranzubringen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering verweist Minister Schwarz auf eine Beratungsstelle zum Austausch von Fachkräften dies- und jenseits der Grenze, die vom Land mit jährlich 150.000 Euro unterstützt werde und perspektivisch auf Fehmarn ausgedehnt werden solle.

Eine Frage der Abgeordneten Pauls zur Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet beantwortet Minister Schwarz dahin gehend, die Kontakte seien weitgehend zum Erliegen gekommen.

**2. Bericht der Landesregierung über die Kooperation mit Dänemark
– aktuelle Entwicklungen, geplante gemeinsame Projekte und
Initiativen und regelmäßige Gesprächsformate**

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 20/142](#)

hierzu: [Umdruck 20/171](#)

Europaminister Schwarz berichtet zur aktuellen Situation der Beziehungen zu Dänemark. Er sagt zu, seinen Sprechzettel zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 20/171](#)).

Der Dänemarkbevollmächtigte der Landesregierung, Johannes Callsen, schließt mit seinem Bericht an. Er führt aus, dass er gegenüber Vertretern des Königreichs Dänemark eine Rückkehr zu den Regelungen des Schengener Raums eingefordert habe.

Bei den Gesprächen sei deutlich geworden, dass die dänische Seite sich einen Koordinator auf deutscher Seite wünsche. Die Region Syddanmark habe in Person Simon Fabers einen Koordinator für die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Er, Johannes Callsen, werde mit diesem in engen Austausch treten.

Bedarf der Zusammenarbeit bestehe im Bereich der Hochschulbildung, des ÖPNV und der Wasserqualität der Flensburger Förde sowie die Situation an der Grenze. Den Aktionsplan zur deutsch-dänischen Freundschaftserklärung werde um die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Identifikation und Beseitigung von Hindernissen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erweitert, etwa im Hinblick auf eine deutsch-dänische Sicherheitskooperation. Es seien ein Besuch des Ministerpräsidenten in Dänemark sowie ein Besuch der dänischen Botschafterin in Kiel geplant. Daneben gebe es viele kleine Initiativen zwischen Deutschland und Dänemark. Diese lägen im Bereich des grenzüberschreitenden ÖPNV und begleiteter grenzüberschreitender Fahrten Minderjähriger zum Zwecke des Führerscheinerwerbs.

Auf eine Frage der Abgeordneten Birte Pauls antwortet Herr Callsen, die Eckpunkte zur Dänemarkstrategie der Landesregierung würden in Absprache mit allen beteiligten Häusern derzeit erarbeitet.

3. Bericht des Minderheitenbeauftragten der Landesregierung über die Stellungnahme des Beratenden Ausschusses des Europarates der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 20/143](#)

hierzu: [Unterrichtung 20/10](#)

Abgeordnete Pauls bekundet Interesse an der Haltung der Landesregierung zu den einzelnen Punkten der Stellungnahme, [Unterrichtung 20/10](#).

Herr Callsen, Minderheitenbeauftragten der Landesregierung, führt aus, der Beratende Ausschuss des Europarates habe 2021 Schleswig-Holstein besucht. Seitdem hätten sich einige Punkte weiterentwickelt und würden in den 6. Bericht der Bundesregierung übernommen. Die Berichte würden auf der Internetseite des Landtags veröffentlicht.

Der beratende Ausschuss spreche sich dafür auf, dass die Schülerinnen und Schüler etwas über die Geschichte und Kultur der autochthonen Minderheiten lernen. Es habe im vergangenen Herbst in der Kultusministerkonferenz eine Länderumfrage gegeben, um den Stand der Wissensvermittlung zu erfragen. Für Schleswig-Holstein gelte, dass die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma Bestandteil des Lehrplans im Fach Geschichte sei. Für alle Fächer werde die Bedeutung des Niederdeutschen und des Friesischen als Regionalsprachen hervorgehoben. In den Fachanforderungen für das Fach Dänisch finde auch die dänische Minderheit Erwähnung. Auch in den Fachanforderungen für das Fach Sachkunde werde den Minderheiten Rechnung getragen.

Der Beratende Ausschuss empfehle außerdem, die Gesetzgebung zum Schutz vor Diskriminierung auszubauen und bestehende Lücken zu schließen. Die Landesregierung sei sich der Herausforderung bewusst, die mit einem konsequenten Eintreten gegen jede Form der Diskriminierung in der eigenen Verwaltung und allen Bereichen der Gesellschaft einhergehe. Herr Callsen verweist auf den Landesaktionsplan gegen Rassismus aus dem Juni 2021, [Umdruck 19/6342](#). Anhand dieses Aktionsplanes werde die Landesregierung zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren arbeiten.

Zum Thema des Antiziganismus empfehle der Beratende Ausschuss, strukturelle Ungleichheiten anzugehen. Seine Aufgabe sei deshalb um die Aufgabe des Antiziganismusbeauftragten erweitert worden. Er werde sich am 28. September 2022 mit dem Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus, Dr. Mehmet Daimagüler, austauschen.

Der Beratende Austausch habe zudem empfohlen, mit den Minderheiten zur Frage in den Dialog zu treten, welche Bedarfe der Minderheitenpolitik es orientiert an der Größe der Minderheit gebe. Die bisherige Diskussion dazu sei in Schleswig-Holstein nicht immer einfach gewesen, da der Minderheitenrat sehr zurückhaltend auf dieses Thema reagiere und es in Schleswig-Holstein mit der Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) eine wissenschaftliche Institution gebe, die zu dem Thema forsche. Hier könne er sich eine Vermittlerrolle des ECMI vorstellen, so Herr Callsen.

Eine weitere Empfehlung des Beratenden Ausschusses an die Behörden laute, Mechanismen zur Berichterstattung angesichts von Hassreden und -verbrechen zu installieren. Die Landesregierung werde die Arbeit der Landespolizei gegen Hasskriminalität im Netz weiter stärken. Hierfür sei eine Cyber-Hundertschaft mit zusätzlichen Experten aufgebaut worden. Im Bereich der Justiz setze die Landesregierung verstärkt auf die Arbeit gegen Hass im Internet. Das Ziel der Landesregierung sei es, Hass entschieden entgegenzutreten.

Zur Medienpräsenz von Minderheitensprachen führt Herr Callsen aus, der Beratende Ausschuss empfehle, die Länge und Häufigkeit von Sendungen in den Minderheitensprachen, vor allem Friesisch und Dänisch, zu erhöhen. Hier seien erste Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Er verweist eine Plattform des Norddeutschen Rundfunks (NDR) zur Bereitstellung von Inhalten in den Minderheitensprachen. Für die Einrichtung friesischsprachiger Inhalte könnten Vereine der Volksgruppe oder auch Journalisten mit entsprechenden Sprachkenntnissen Förderanträge an die Friesenstiftung stellen. Zudem biete der NDR Regionalvolontariate an.

Der Medienstaatsvertrag Hamburg/Schleswig-Holstein sehe vor, alle neu eingerichteten Lokalradiostationen zur Berücksichtigung der Minderheitensprachen zu verpflichten. Mit Inkrafttreten des neuen NDR-Staatsvertrages 2021 werde den Regional- und Minderheitensprachen im Sendegebiet eine größere Bedeutung zugewiesen.

Ebenso empfehle der Beratende Ausschuss Anreizsysteme zum Lernen des Friesischen zu schaffen. Etwa werde es an den Hochschulen angehenden Lehrkräften ermöglichen, für das Erlernen der Friesischen Sprache Bonuspunkte im Studium zu erhalten. Auch diene der Ausbau des Modellschulprojekts auf die friesischen Schulen der weiteren Förderung des Friesischunterrichts.

Im vergangenen Haushalt, 2022, sowie im kommenden Haushalt seien Mittel des Bildungsministeriums von jeweils 30.000 Euro zur Erarbeitung von Lehrmaterialien des Friesischen vorgesehen. Das Bildungsministerium habe außerdem einen Runden Tisch mit den Friesischlehrkräften veranstaltet, bei dem die Strukturen für das Lernen der friesischen Sprache und der benötigten Lehrmittel diskutiert worden seien. Die Landesregierung setze sich zudem für eine Erhöhung der Bundesförderung friesischer Vereine ein. Der Beratende Ausschuss hebe die Gründung der Friesenstiftung lobend hervor.

Der Beratende Ausschuss empfehle Maßnahmen zu ergreifen, um gleichberechtigte Bildungsteilnahme von Sinti und Roma zu ermöglichen. Die Landesregierung werde in den kommenden Jahren das Projekt der Bildungsberatung für Kinder und Jugendliche der Minderheit der Deutschen Sinti und Roma zunächst auf die Kindertagesstätten und in einem weiteren Schritt auf die berufliche Bildung ausweiten.

Die dänische Minderheit habe die Bitte an den Bund gerichtet, Steuererklärungen auf Dänisch abgeben zu dürfen; dieser Wunsch sei auch der Landesregierung bekannt. Der Beratende Ausschuss empfehle Behörden, die bestehende Interessenvielfalt innerhalb der Minderheiten stärker zu berücksichtigen. Dies sei bezogen auf Niederdeutsch und die Friesen in Schleswig-Holstein bisher gut gelungen. Besonders aktuell sei die Bitte allerdings in Bezug auf die Sinti und Roma, da sich mit der Sinti-Union erst vor kurzem eine neue Interessenvertretung formiert habe, die im Kontakt mit der Landesregierung stehe. Auch seitens der Bundesregierung werde derzeit geprüft, wie diese in die Arbeit des Bundesgremiums einbezogen werden könne.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering nach der Ausgestaltung des Aktionsplans des Landes Schleswig-Holstein gegen Antiziganismus antwortet Herr Callsen, es werde versucht, im Austausch mit dem Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung möglichst viel von den Bestrebungen der Bundesregierung für Schleswig-Holstein zu übernehmen. Die Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering, wie viel Sendezeit der NDR für Minderheiten vorsehe, beantworte er mit der Staatsferne des Rundfunks insofern, als sich vonseiten der

Politik nicht in den Rundfunk hineinregieren lasse. Zur KMK-Regelung zu außerschulischen Lernorten stehe der Minderheitenrat mit der KMK im Austausch und werde ergänzende Informationen liefern. Da Bildungspolitik Ländersache sei, könne die KMK hier nur Empfehlungen aussprechen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls antwortet Herr Callsen, er plane den Interfriesischen Kongress zu besuchen und sich mit Vertretern der Provinz zu treffen.

4. Vorstellung der Arbeit der Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein (EBSH)

Berichterstattung: Uwe Döring, Landesvorsitzender der EUSH,
Martina Fey, Präsidentin der EBSH

hierzu: [Umdruck 20/185](#)

Uwe Döring, Landesvorsitzender der Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH), berichtet von der Arbeit seines Verbands. Die Europa-Union sei eine Nichtregierungsorganisation, die sich, im Verbund mit ihrer Jugendorganisation, den Jungen Europäischen Föderalisten, landes-, bundes- und europaweit für Europapolitik einsetze.

Die Europäische Kommission habe an die EUSH den Auftrag erteilt, ein Europe Direct Information-Centre zu sein. Schwerpunkt der Europa-Union sei europäische Bildungsarbeit. An den Schulen werde das ehrenamtlich von den jungen Mitgliedern getragen, überwiegend Studierenden der Universitäten Kiel und Flensburg. Dies werde in Form von Aktionstagen und Planspielen zu aktuellen Themen verfolgt.

Durch Corona seien viele Veranstaltungen abgesagt oder in den digitalen Raum verlegt worden. Allerdings seien die Veranstaltungen in Präsenz besser durchzuführen. So sei in Lübeck ein internationales Planspiel mit Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden aus den Niederlanden, Polen, Kroatien auf Englisch durchgeführt worden.

Der zweite Aufgabenbereich der EUSH seien Veranstaltungen, die durch Corona ebenfalls oft online durchgeführt worden seien. Der Erfolg sei hier überschaubar; die Teilnehmerzahlen stagnierten. Es sei eine Freude, wieder Präsenzveranstaltungen durchführen zu können, wengleich es schwierig sei, die Leute zu den Präsenzveranstaltungen sozusagen zurückzuholen.

Die gesamte Planung für Veranstaltungen sei mit dem Ausbruch des Ukrainekriegs durcheinandergeraten. Die Europa-Union sei mit dem Ziel gegründet worden, es solle nie wieder Krieg in Europa geben. Dieser Krieg stelle eine besondere Katastrophe dar.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenschwerpunkt der Europa-Union sei die Öffentlichkeitsarbeit. Diese findet besonders online statt und kläre über europäische Themen auf. Geplant sei eine

neue Internetplattform zum Thema „Schleswig-Holstein in Europa“, die eine Drehscheibe zwischen Schleswig-Holstein und Europa bilden soll.

Abschließend regt Herr Döring an, gemeinsame Veranstaltungen mit dem Landtag durchzuführen, besonders auch kulturelle Veranstaltungen, so wie die Lesung des ukrainischen Dichters Jurij Andruchowytsh, die die Europa-Union gemeinsam mit dem Landtag durchgeführt habe.

Martina Fey, Präsidentin der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein (EBSH), erklärt zur EBSH, diese sei 1978 in Schleswig-Holstein gegründet worden. Sie stelle ein Netzwerk unterschiedlicher Akteure aus Politik und Gesellschaft dar. Als neue Mitglieder seien beispielsweise die deutsch-polnische Gesellschaft, Region Schleswig und auch der Schaustellerverband Westküste genannt.

Die EBSH setze sich ein für ein demokratisches und friedliches Europa. Ziel sei es, gemeinsam mit den Mitgliedern den europäischen Gedanken in Schleswig-Holstein zu verbreiten. Es bestünden enge Verbindungen zur Europa-Union, wechselseitig seien Vorstandsmitglieder auch im Vorstand des jeweils anderen Verbandes vertreten. So sei es möglich, sich bei Veranstaltungen und Initiativen abzustimmen, ohne sich Konkurrenz zu machen.

Frau Fey fährt fort, Veranstaltungen der EBSH habe es beispielsweise zur Rechtsstaatlichkeit in der EU oder der Frage, was die EU für Jugendliche mache, gegeben, und zwar mit dem Ziel, Europa konkret näherzubringen. Die nächste Veranstaltung finde Ende September 2022 zum Thema Baltic Sea Womans Conference statt.

Für das nächste Jahr sei eine Exkursion der EBSH nach Estland geplant. Frau Fey betont, daran anknüpfen zu wollen, dass in der Vergangenheit jeweils Botschaftergespräche und Länderabende mit dem Landtag durchgeführt worden seien.

Auf eine Frage der Abgeordneten von Kalben antwortet Herr Döring, dass es wie in allen Parteien und Organisationen auch bei der EUSH ein Nachwuchsproblem gebe. Dieses habe sich ebenfalls durch die Coronapandemie verschärft. Er sehe keine Konkurrenz mit dem EBSH, denn Mitglieder bei der Europa-Union seien Einzelpersonen, bei der EBSH eher Vereine und Verbände.

Frau Fey ergänzt, sie fände es praktisch, würden die beiden Organisationen zusammengelegt, gebe jedoch zu bedenken, dass es die Europäische Bewegung nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in anderen Staaten und Regionen, etwa Dänemark, gebe. Hier böten sich Anknüpfungspunkte.

5. Informationen zur Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

Abgeordnete Eka von Kalben berichtet von der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC9, die vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm stattgefunden habe.

Es sei eine Resolution verabschiedet worden, die besage, dass mit Russland derzeit keine Zusammenarbeit stattfinden könne ([Drucksache 20/210](#)). Zuletzt sei auf die Resolution hin ein interfraktioneller Antrag entstanden.

Am 12. September 2022 habe das Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz, auch vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine, dazu getagt, wie das Büro des Secretary aufgestellt werde.

6. Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 18. – 20.09.2022 in Danzig

Berichts Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)
[Umdruck 20/141](#)

Abgeordneter Timmer erkundigt sich, wie mit Änderungsanträgen verfahren werde und ob diese im Europausschuss besprochen würden, um in die Resolution einfließen zu können. Er habe lediglich redaktionelle Änderungen vorzuschlagen:

- Punkt 2 m) statt „anzustreben“: „voranzubringen“
- Punkt 3 d) statt „zur Diversifizierung“: „zur Förderung“ der erneuerbaren Energien, „zur Energieeinsparung“ und ...
- Punkt 4 c) statt „Bemühungen zwecks“: „Maßnahmen zur“

Frau Watolla, Leiterin des Europareferats der Landtagsverwaltung erklärt, Abgeordneter Vöge werde an der Redaktionskonferenz teilnehmen und Änderungen seien ihm zu übermitteln, so dass er sie einbringen könne.

Auf Nachfrage der Abgeordneten von Kalben bestätigt Frau Watolla, die Landtagspräsidentin übernehme die Delegationsleitung.

7. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, berichtet vom Besuch einer Delegation aus Südtirol. Es sei ein guter Austausch zustande gekommen, besonders zu Minderheitenfragen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er entsprechend den Anträgen der SPD-Fraktion, [Umdruck 20/144](#) und [Umdruck 20/145](#), die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk Schleswig-Holstein/Syddanmark jeweils in eine der kommenden Sitzungen einladen werde.

Der Vorsitzende kündigt ein Gespräch mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Schleswig-Holstein und Hamburg an. Er bitte um Themenvorschläge. – Abgeordnete von Kalben schlägt vor, über die Verfasstheit und Reformen des Parlaments zu reflektieren. Abgeordnete Waldinger-Thiering nennt das Thema Schengener Abkommen, besonders die Auswirkungen der Ukrainekrise und die Sicherung der Außengrenzen.

Der Vorsitzende regt als weitere Themen für kommende Sitzungen eine Vorstellung des Bereichs Europaforschung der Europauniversität Flensburg an sowie, für die Sitzung am 30. November 2022, einen Bericht der Landesregierung zum Stand der Erarbeitung der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben.

Der Ausschuss fasst ins Auge, ein Gespräch mit dem Botschafter der Tschechischen Republik über die tschechische EU-Ratspräsidentschaft zu führen.

Bei zwei Enthaltungen beschließt der Ausschuss einstimmig, die geplante Informationsreise nach Brüssel vom 7. bis 9. März 2023 durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 12 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin